

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

36. Jahrgang

Berlin, den 13. November 1969

Nummer 46/47

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1970

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland hat 1969 ungeschwächt und stärker expandiert, als an dieser Stelle vor einem Jahr prognostiziert wurde. Als zutreffend erwies sich die Schätzung anhaltend hoher Ausfuhrüberschüsse, obwohl einige dämpfende Einflüsse in den „Grundlinien 1969“ noch nicht in Rechnung gestellt werden konnten. Die lebhaftete Konjunktur im Ausland hat deren Wirkungen jedoch überspielt. Mit reichlich 15 Mrd. DM wird der Außenbeitrag der Bundesrepublik in diesem Jahr indes kleiner sein als 1968. Sieht man von spekulativen Einflüssen ab, die um die Jahreswende 1968/69 zu Verzerrungen geführt hatten, so bleibt zu konstatieren: Seit drei Jahren Überschüsse in der Größenordnung von jährlich 16 Mrd. DM, denen allerdings im Durchschnitt je 7 Mrd. DM an Einkommensübertragungen an das Ausland gegenüberstehen. Auch für 1970 wird vom DIW — um es vorwegzunehmen — nicht mit einer starken Abnahme des Zuwachses an Auslandsforderungen gerechnet.

Die insgesamt weit über den früheren Erwartungen liegende Expansion der Wirtschaft ist vor allem auf die das ganze Jahr hindurch ungebrochene Steigerung der Investitionen zurückzuführen. Ausschlaggebend waren die Ausrüstungsinvestitionen, daneben der weitere Aufbau der Lager. Bei den Bauinvestitionen hat sich dagegen die zurückhaltende Einschätzung weitgehend bestätigt.

Im Zusammenhang mit der anhaltend kräftigen Investitionskonjunktur dieses Jahres sind auch die Einnahmen der privaten Haushalte über erhöhte Nettoarbeitseinkommen stärker als erwartet gestiegen; der private Verbrauch konnte daher ebenfalls beschleunigt expandieren und zur Verstärkung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums beitragen.

Auch der Staat profitiert von der günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Die öffentlichen Ausgaben für Verbrauch und Investitionen nehmen insgesamt um 3 Mrd. DM mehr zu als vorausgeschätzt; außerdem erzielt der Staat in diesem Jahr voraussichtlich einen Finanzierungsüberschuß in Höhe von 6 Mrd. DM.

Für das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ergibt sich 1969 gegenüber 1968 ein Bruttozuwachs von rund 10 Mrd. DM. Ein erheblicher Teil davon fließt jedoch dem Staat zu. Die Nettogewinne erhöhen sich um 5 bis 6 Mrd. DM. Damit ist ihre Entwicklung entscheidend günstiger, als vor einem Jahr unterstellt worden ist: Damals war ein Rückgang gegenüber dem 1968 erreichten hohen Niveau angenommen worden. Die erwartete Tendenz setzte sich indes schwächer und später durch: Im zweiten Halbjahr 1969 stagnieren die Nettogewinne.

Am Jahresende 1969 befindet sich die Wirtschaft der Bundesrepublik noch immer in einem kräfti-

gen konjunkturellen Anstieg. Dabei sind die Kapazitäten weitgehend ausgelastet; in einigen Bereichen hat der Auslastungsgrad extreme — nur für kürzere Zeit haltbare — Werte erreicht. Die Nachfrage nach Arbeitskräften hält an; die Auftragsbestände nehmen weiter zu.

Angeichts der Anspannung der Produktivkräfte haben die Unternehmer mit nur vereinzelt Ausnahmen auf den Aufwertungsbeschluß der Bundesregierung zunächst mit Gelassenheit reagiert. Diese Haltung deckt sich weitgehend mit den hier quantifizierten Erwartungen: Zunächst wird sich an den Leistungsbilanzüberschüssen der Bundesrepublik nichts Entscheidendes ändern; Dämpfungseffekte werden erst für den späteren Jahresverlauf 1970 in Rechnung gestellt. Da aber auch die übrigen Verwendungsbereiche des Sozialprodukts vorerst weiter expandieren werden, sind für die kommenden Monate Produktionswachstum und Vollbeschäftigung als gesichert anzusehen. Im zweiten Halbjahr 1970 füllt die private Nachfrage den gegebenen Expansionsspielraum vermutlich nicht mehr aus.

Konjunkturelle Abschwächung im Ausland

Im Jahre 1969 hat sich die wirtschaftliche Expansion im kontinentaleuropäischen Raum noch beschleunigt, in den angelsächsischen Ländern aber verlangsamt. Ursache dieser Verlangsamung war eine restriktive Wirtschaftspolitik, die vor allem aus Zahlungsbilanzrücksichten betrieben wurde. Obwohl auch in vielen kontinentaleuropäischen Volkswirtschaften ein restriktiver wirtschaftspolitischer Kurs eingeschlagen wurde, ist die Hochkonjunktur in diesem Jahr nicht nennenswert gedämpft worden. Der konjunkturelle Aufschwung war im kontinentalen Westeuropa nicht allein durch einen kräftigen Investitionsboom gekennzeichnet. Daneben hat sich auch das Wachstum des privaten Verbrauchs beschleunigt — nicht zuletzt als Folge verstärkter Lohnsatzsteigerungen. Zudem führte der kräftige Wirtschaftsaufschwung zu einer starken Ausdehnung vor allem des innereuropäischen Handels.

Mit der Beschleunigung der Expansion im kontinentalen Westeuropa verstärkte sich auch der Ko-

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der Industrieländer

Länder	Gewichte ¹⁾ 1968 in vH		Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr in vH								
			1968			1969 ²⁾			1970 ²⁾		
	BSP	Ausfuhr d. BRD	real	nom.	Preise ³⁾	real	nom.	Preise ³⁾	real	nom.	Preise ³⁾
Bundesrepublik Deutschland . .	8,1	—	7,6	9,4	1,7	7,5	11,0	3,0	4,0	8,5	4,5
Frankreich	7,8	16,9	4,2	9,2	4,8	7,0	14,0	6,5	4,5	9,0	4,5
Italien	4,6	10,4	5,7	7,3	1,5	7,0	10,0	3,0	6,5	11,0	4,0
Niederlande	1,5	13,9	6,5	10,5	3,8	4,5	12,0	7,0	4,0	8,0	4,0
Belgien	1,3	10,3	4,7	7,5	2,7	5,5	9,5	4,0	4,5	9,0	4,5
EWG	23,3	—	5,9	8,9	2,8	6,9	11,8	4,6	4,7	9,2	4,3
EWG ohne BRD	15,2	—	4,9	8,6	3,5	6,6	12,2	5,3	5,1	9,5	4,2
EWG	—	51,5	5,2	8,8	3,4	6,0	11,8	5,5	4,8	9,1	4,1
Großbritannien	6,2	5,5	3,1	6,9	3,7	2,0	6,0	4,0	2,5	6,0	3,5
Schweden	1,7	5,3	3,3	6,0	2,6	5,0	8,0	3,0	4,0	7,0	3,0
Schweiz	1,1	7,9	4,0	7,6	3,5	5,0	8,0	3,0	4,0	7,0	3,0
Dänemark	0,8	3,3	3,6	10,1	6,3	5,5	9,5	4,0	4,0	8,0	4,0
Österreich	0,7	6,1	4,1	5,7	1,5	5,5	8,5	3,0	5,0	8,5	3,5
Norwegen	0,6	2,0	3,8	7,1	3,2	4,0	8,0	4,0	4,0	7,5	3,5
EFTA	11,1	—	3,4	7,0	3,5	3,3	7,0	3,6	3,2	6,6	3,3
EFTA	—	30,1	3,7	7,0	3,2	4,5	7,9	3,3	3,9	7,3	3,3
Europ. Industrieländer	34,4	—	5,0	8,3	3,1	5,8	10,3	4,3	4,2	8,3	3,9
Europ. Industrieländer ohne BRD	26,3	—	4,3	7,9	3,5	5,2	10,0	4,6	4,3	8,3	3,8
Europ. Industrieländer	—	81,6	4,7	8,2	3,3	5,5	10,3	4,5	4,5	8,4	3,7
USA	53,1	15,0	4,9	9,1	4,0	3,0	7,5	4,5	1,5	5,0	3,5
Kanada	3,8	1,5	4,7	8,5	3,6	4,5	9,0	4,5	3,0	7,0	4,0
Japan	8,7	1,9	14,4	18,7	3,8	12,5	18,0	5,0	10,0	15,5	5,0
Außereurop. Industrieländer . .	65,6	—	6,1	10,3	4,0	4,3	9,0	4,5	2,7	6,5	3,7
Außereurop. Industrieländer . .	—	18,4	5,9	10,0	3,9	4,1	8,7	4,4	2,5	6,2	3,6
Insgesamt	100,0	—	5,8	9,6	3,6	4,8	9,4	4,4	3,2	7,1	3,8
Insgesamt ohne BRD	91,9	—	5,6	9,6	3,8	4,6	9,3	4,5	3,2	7,0	3,7
Insgesamt	—	100,0	4,9	8,5	3,4	5,2	10,0	4,6	4,1	8,0	3,7

¹⁾ Auf Dollarbasis zum geltenden Wechselkurs. — ²⁾ Schätzungen für die einzelnen Länder auf 0,5 vH gerundet. — ³⁾ Deflationierungsfaktor.
Quellen: EWG, Volkswirtschaftl. Gesamtrechnung; OECD, Main Economic Indicators; Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW.

sten- und Preisauftrieb. Aber auch in den schwächer expandierenden angelsächsischen Ländern stiegen die Kosten und Preise schneller als im vorangegangenen Jahr. Die Konjunkturabschwächung dämpfte hier den Produktivitätsfortschritt zunächst stärker als die Lohnsatzsteigerung.

In den Vereinigten Staaten muß für das Jahr 1970 mit einer weiteren konjunkturellen Abschwächung gerechnet werden — Stagnation ist nicht auszuschließen. Dagegen wird sich in Großbritannien die — allerdings geringe — Expansion eher leicht beschleunigen. Schon im zweiten Halbjahr 1969 sind hier Export und Sozialprodukt stärker gestiegen als im ersten Halbjahr. Trotzdem wird das Expansionstempo in Großbritannien geringer bleiben als im Durchschnitt der westlichen Welt.

Im kontinentalen Westeuropa dürfte sich der konjunkturelle Aufschwung 1970 nicht mit der bisherigen Stärke fortsetzen. Die zu erwartende Wachstumsverlangsamung ist in einigen Ländern die Folge restriktiver wirtschaftspolitischer Maßnahmen. In anderen Ländern begrenzt die Vollausslastung der Kapazitäten den realen Expansionspielraum. Relativ am stärksten wird sich das Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich abschwächen. In Frankreich ist es allerdings ungewiß, ob die nach der Franc-Abwertung ergriffenen Maßnahmen ausreichen werden, die Expansion im erstrebten Umfang zu dämpfen. Eine Verschärfung der Restriktionspolitik ist daher nicht ausgeschlossen. In den übrigen kontinentaleuropäischen Volkswirtschaften wird sich das Expansionstempo weniger fühlbar verringern. Das gilt auch für Italien, obwohl hier das Wachstum 1969 genauso kräftig war wie in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich.

Durch Wechselkursänderungen in den letzten Monaten (Franc-Abwertung, DM-Aufwertung) werden die Zahlungsbilanzschwierigkeiten in der westlichen Welt zwar verringert, jedoch nicht beseitigt. Vor allem ist nicht zu erwarten, daß die amerikanische Zahlungsbilanz durch die DM-Aufwertung in dem Maße entlastet wird, das zur Beseitigung des Defizits erforderlich wäre. Solange sich aber die Vereinigten Staaten außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenübersehen, werden sie nur zögernd von dem gegenwärtig verfolgten Restriktionskurs abgehen. Da andererseits die Furcht vor starken Kosten- und Preissteigerungen auch die Regierungen der europäischen Länder zu einer konjunkturdämpfenden Wirtschaftspolitik veran-

laßt, besteht die Gefahr, daß sich die Weltkonjunktur im späteren Verlauf des nächsten Jahres stärker abschwächt, als die Jahreswachstumsrate von reichlich 3 vH zum Ausdruck bringt.

Ausfuhrüberschüsse zunächst noch hoch

Die Ausfuhren der Bundesrepublik Deutschland sind 1969 aufgrund der kräftigen konjunkturellen Expansion im Ausland, aber auch unter dem Einfluß von Sonderfaktoren, stärker gestiegen, als vor Jahresfrist erwartet wurde. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr wird auf 14 vH veranschlagt, gegenüber einer Steigerung der Einfuhr um 19 vH. Das beschleunigte Einfuhrwachstum reichte aber nicht aus, den in der Rezession entstandenen großen Ausfuhrüberschuß nennenswert zu vermindern. Der Außenbeitrag (i. S. der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) wird für dieses Jahr auf etwa 15 Mrd. DM geschätzt, gegenüber 18,4 Mrd. DM im Jahre 1968. Dieser Rückgang ist jedoch insofern überhöht, als Ende des vergangenen Jahres Ausfuhrlieferungen im Zusammenhang mit der Einführung der steuerlichen Absicherungsmaßnahmen im grenzüberschreitenden Warenverkehr vorgezogen worden sind.

Mit der Heraufsetzung der DM-Parität am 20. Oktober dieses Jahres um 9,3 vH ist für die Entwicklung des Außenhandels ein neues Datum gesetzt worden. Da diese Paritätsänderung durch die steuerliche „Quasi-Aufwertung“ und die spekulativ bedingte Verteuerung der DM auf den Devisen-terminmärkten teilweise vorweggenommen worden war, ist die tatsächliche Aufwertungswirkung jetzt wesentlich geringer als die Paritätsänderung. Hinzu kommen die — allerdings noch nicht übersehbaren — Preisreaktionen. Vor allem muß damit gerechnet werden, daß die ausländischen Exporteure im Hinblick auf die Aufwertung Preissteigerungen vornehmen. Ferner können sich die Auswirkungen auf den deutschen Export nicht sofort zeigen, denn die Industrie hat hohe Auftragsbestände und lange Lieferfristen.

Die erwartete Dämpfung der konjunkturellen Expansion in wichtigen Abnehmerländern der Bundesrepublik hätte 1970 aber vermutlich auch ohne Aufwertung zu einer Verlangsamung des Exportwachstums geführt. Deutlich zeichnete sich diese Entwicklung bereits in den Bestelleingängen aus dem Ausland ab, die in den letzten Monaten — auf hohem Niveau — stagniert haben. Teilweise äußern sich darin allerdings Reaktionen auf spekulative Übersteigerungen in den zurückliegenden

Monaten und ebenso auf die Verteuerung der deutschen Exporte für die ausländischen Abnehmer.

Alles in allem kann damit gerechnet werden, daß der Ausfuhrzuwachs 1970 auf 5 vH und damit fast auf ein Drittel der Rate zurückgehen wird, die in diesem Jahr verwirklicht wurde. In der zweiten Jahreshälfte wird das Ausfuhrniveau wahrscheinlich nicht mehr steigen. Dabei wurde unterstellt, daß die Außerkraftsetzung des Absicherungsgesetzes zu Verbilligungen beim Abschluß neuer Ausfuhrverträge führt, die sich im Zuge der Auslieferungen dann später in den Ausfuhrdurchschnittswerten niederschlagen werden.

Bei der Schätzung der Einfuhr wurde angenommen, daß die ausländischen Exporteure den Abwertungsvorteil ihrer Währungen gegenüber der DM rund zur Hälfte dazu nutzen werden, ihre Preise heraufzusetzen, Verbilligungen der Einfuhren frei deutsche Grenze (in DM-Preisen) also nur begrenzt eintreten. Als sicher kann eine Senkung der Einfuhrpreise in Höhe des Aufwertungssatzes nur bei den Agrarprodukten unterstellt werden, die den Marktordnungsregelungen der EWG unterworfen sind und innerhalb der Gemeinschaft auf der Basis fester Verrechnungseinheiten gehandelt werden. Zusätzliche Einfuhren sind hiervon wegen der unverändert bleibenden Relation der Erzeugerpreise zwischen Inland und Ausland jedoch nicht zu erwarten. Bei den anderen Warengruppen der Einfuhr werden Rückgänge der Einfuhrpreise um den Satz der nun entfallenden steuerlichen Einfuhrsubvention aus dem Absicherungsgesetz reduziert. Erwartet wird, daß die Einfuhrentwicklung insgesamt — und insbesondere bei Fertigprodukten — durch die Aufwertung schon bald zusätzliche Impulse erhält. Der Rückgang der Einfuhrpreise (DM-Durchschnittswerte) hat jedoch zur Folge, daß der Einfuhrwert in DM abgeschwächt zunehmen wird.

Im Dienstleistungsverkehr dürften sich die Auswirkungen der Aufwertung zwar früher einstellen als im Warenhandel; sie werden sich jedoch in engeren Grenzen halten. Bei den Einnahmen und bei den Ausgaben wird sich der Anstieg verlangsamten, bedingt durch die Entwicklung bei Kapitalerträgen, Versicherungs- und Transportleistungen.

Der nominale Außenbeitrag wird 1970 bei der erwarteten Verbesserung der terms of trade voraussichtlich nur wenig zurückgehen; zu Preisen von 1969 dürfte der Rückgang allerdings erheblich sein

(4 bis 5 Mrd. DM). Diese Minderung entfällt vor allem auf die zweite Hälfte des nächsten Jahres.

Aufwertung und Preisentwicklung

Die Bundesregierung hat die DM aufgewertet mit der Folge, daß die westdeutsche Wirtschaft bei gleicher Gegenleistung mehr Güter und Dienste im Ausland kaufen kann. Die Güterverwendung im Inland kann und soll rascher wachsen als das Sozialprodukt, im Inland soll zunächst mehr zusätzlich verbraucht als produziert werden.

Die Güterverwendung der Bundesrepublik setzt sich gegenwärtig zu 18 vH aus Fremdleistungen (Importe) und zu 82 vH aus Eigenleistungen (Bruttosozialprodukt) zusammen. Jetzt werden die Importe billiger werden, doch müssen deshalb nicht zwangsläufig die Güterpreise im Inland sinken oder weniger stark steigen. Denn überwiegend führen Importe nicht direkt zu Verbrauch, Investitionen oder Export (Güterverwendung), sondern sie werden in Produktion und Handel als Vorleistungen eingesetzt. Die Preise der Endgüter sinken nur, wenn die Verbilligung der Vorleistungen weitergegeben wird. Es besteht also die Alternative: Einkommenssteigerung für die Unternehmen oder Preissenkung für die Verbraucher der verbilligten Importe. Maßgebend ist auch nicht allein der Aufwertungssatz, sondern der Saldo aus der aufwertungsbedingten Verbilligung der DM-Preise für Auslandsgüter und der Verteuerung ausländischer Güter als Reaktion auf die Aufwertung. Also „streiten“ drei Parteien um die Verteilung des Aufwertungsgewinnes: Ausländische Lieferanten, heimische Importeure und Produzenten sowie die Verbraucher der Importe.

Dazu kommt der Verteilungskonflikt im Inland, der durch den Konjunkturaufschwung ausgelöst worden ist und sich jetzt in nachholenden Lohnsteigerungen äußert. Der Druck auf die Gewinne kommt ebenso von den Lohnkosten her wie von der steigenden Abgabenbelastung der Erwerbseinkommen mit Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Die Unternehmer reagieren mit Preissteigerungen. Sie sind bemüht, Kostensteigerungen abzuwälzen und werden deshalb versuchen, die vom Import kommenden Kostensenkungen nicht weiterzugeben, sondern für die Gewinnbildung zu nutzen.

Unterstellt man in einer Modellanalyse, daß Bruttosozialprodukt und Export im nächsten Jahr real um 4 vH wachsen, daß ferner die Importpreise um 4 vH sinken und der Preisindex der gesamten

Güterverwendung konstant bleibt, so ergeben sich für den Fall ausgeglichener Leistungsbilanz folgende Konsequenzen:

	Basis 1969	Wachstums- kompo- nente	Ergebnisse 1970		
			real	Preis- index	nominal
Bruttosozialprodukt . . .	82	1,04	85,3	101	86,1
Einfuhr	18	1,20	21,6	96	20,8
Güterverwendung	100	1,07	106,9	100	106,9
davon					
Ausfuhr	20	1,04	20,8	100	20,8
Verbrauch u. Investitionen	80	1,08	86,1	100	86,1

- die Importe müssen real um 20 vH wachsen;
- der Spielraum für die reale Einkommensverwendung im Inland vergrößert sich dadurch von + 4 vH auf + 8 vH und
- der Preisindex für das Sozialprodukt (d. h. für die Eigenleistung der Volkswirtschaft) steigt um 1 vH.

Die Preiselastizität der deutschen Importnachfrage ist nicht groß genug, um im nächsten Jahr den Leistungsbilanzausgleich zu erreichen. Der Ansatz zeigt aber, daß sich im Preisindex des Sozialprodukts ein Aufwertungsgewinn „preissteigernd“ niederschlägt, der um so größer ist, je mehr Preisvorteile durch Importe realisiert werden. In der Sozialproduktrechnung wirkt sich dieser Effekt wegen der weit zurückliegenden Preisbasis von 1954 noch stärker aus. Zu Preisen von 1954 beträgt der Importanteil an der gesamten Güterverwendung nämlich nicht 18 vH, wie in der nominalen Rechnung, sondern fast 27 vH. Als Folge des größeren Gewichts der Einfuhren verdoppelt sich die Differenz zwischen der Entwicklung der Güter-

preise und dem Deflationierungsfaktor: 1970 wird der Deflationierungsfaktor um rund 2 vH-Punkte stärker steigen als der Preisindex der Güterverwendung.

Seit Beginn dieses Jahres ist das Preisniveau in vielen Bereichen der Wirtschaft in Bewegung geraten. Die außerordentlich starke Zunahme der Ausfuhrpreise war in erster Linie auf die Maßnahme zur außenwirtschaftlichen Absicherung zurückzuführen; die weiterhin steigende Auslandsnachfrage hat die volle Überwälzung der steuerlichen Ausfuhrbelastung gestattet. Zu fühlbaren Preiserhöhungen kam es seit Frühjahr insbesondere im Baugewerbe, aber auch in der Industrie. Auf den Konsummärkten hat die Wettbewerbslage jedoch dazu geführt, daß Verteuerungen auf den Vorstufen nicht voll den Endverbraucher belasten. Obwohl sich die Preise für Nahrungsmittel bis zuletzt merklich erhöht haben und auch die Verteuerung der Mieten anhielt, war dennoch im Durchschnitt der Preisanstieg im privaten Verbrauch bis in den Spätsommer relativ gering.

Die im Herbst ausgelösten Einkommenserhöhungen haben in vielen Bereichen zu einem beschleunigten Kostenanstieg geführt. Die Erzeuger versuchen, dem wachsenden Kostendruck durch Preiserhöhungen zu entgehen. Begünstigt durch die Entwicklung der verfügbaren Einkommen werden diese Erhöhungen stärker als bisher bis zum Endverbraucher weitergegeben. Die Aufwertung kann diese Preissteigerungen nur eindämmen, aber nicht verhindern. Bei den Agrarpreisen ist die Aufwertungswirkung auf der Erzeugerstufe erheblich größer als auf der Verbraucherstufe; denn es ist unwahrscheinlich, daß

Die Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt und seine Komponenten 1967 bis 1970¹⁾
Zuwachsraten in vH gegenüber dem Vorjahr

	1967	1968	1969	1970	1967		1968		1969		1970	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Land- und Forstwirtschaft	3,1	1,1	5,7	1,8	7,0	-0,8	-5,9	8,5	8,8	2,7	1,8	1,8
Warenproduzierendes Gewerbe	-2,5	12,1	12,1	8,6	-4,5	-0,6	9,8	14,1	13,5	10,9	10,6	6,8
Handel und Verkehr	1,2	7,8	9,1	7,9	-0,3	2,5	6,2	8,3	8,7	9,5	8,5	7,3
Dienstleistungen	7,3	8,4	10,8	10,7	8,8	6,0	7,5	9,3	10,1	11,4	11,5	10,0
Bruttoinlandsprodukt, nominal	0,9	9,2	10,8	8,7	0,1	1,7	7,3	10,9	11,2	10,4	10,1	7,4
Deflationierungsfaktor ²⁾	0,7	1,7	3,0	4,5	1,6	-0,3	1,0	2,3	2,2	3,9	4,8	4,2
Bruttoinlandsprodukt, real	0,2	7,4	7,4	4,1	-1,5	2,0	6,2	8,4	8,8	6,2	5,0	3,1
Arbeitsvolumen	-3,9	0,4	1,5	0,2	-3,8	-4,1	-1,0	1,7	1,2	1,7	0,5	-0,1
Produktivität	4,3	7,0	5,8	3,9	2,4	6,3	7,2	6,6	7,5	4,4	4,5	3,2

¹⁾ Bis einschl. 1. Halbjahr 1969 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, teilweise ergänzt durch eigene Berechnungen; 2. Halbjahr 1969 sowie Daten für 1970: Prognose des DIW. — ²⁾ 1954 = 100.

die Spannen der Weiterverarbeitung und des Handels bei Nahrungs- und Genußmitteln im Gefolge der Aufwertung konstant gehalten werden. Insgesamt wird sich das Preisniveau des privaten Verbrauchs noch bis weit in das nächste Jahr hinein erhöhen. Die Preissteigerung wird sich jedoch mit einer Jahreswachstumsrate von knapp 3 vH — bei gleichzeitigem Einkommenswachstum um 8,5 vH — in tragbarem Rahmen halten.

Der Angebotsspielraum 1970

Das Bruttosozialprodukt erreicht in diesem Jahr einen Zuwachs von 11 vH. Die absolute Steigerung beträgt rund 58 Mrd. DM. Zu konstanten Preisen gerechnet, wird mit fast 8 vH das starke Wachstum von 1968 wieder erreicht. Mit der vollen Kapazitätsauslastung wird nun der Expansionsspielraum erheblich kleiner. Die Wirtschaft investiert zwar 1969 sehr viel mehr als 1968, die Industrie aber z. B. trotz einer Zunahme um real + 25 vH nicht viel mehr als im Boom 1965. Ein guter Investitionsjahrgang genügt nicht zum Ausgleich einer langjährigen Phase der Stagnation. Für 1970 kann in der Industrie mit einer Kapazitätsausweitung um 6 bis 7 vH gerechnet werden. Der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt ist zwangsläufig niedriger; die Grenze für das reale Sozialprodukt liegt bei etwa 5 vH Wachstum.

Mit dieser Schätzung harmonisiert die Erwartung einer nur unbedeutenden Zunahme des Arbeitsvolumens. Neue Arbeitskräfte sind zunehmend schwerer zu mobilisieren. Der Bedarf an ausländischen Arbeitnehmern nimmt noch zu, weil im Inland die Erwerbsquote strukturell weiterhin leicht sinkt. Gegenwärtig hat die Bundesrepublik wieder 27 Millionen Erwerbstätige. Mehr Menschen stehen kurzfristig weder zur Verfügung, noch wären sie effizient einzusetzen. Die genannte Zahl von 27 Millionen bezieht sich allerdings auf das Jahresende 1969 und bedeutet im Jahresdurchschnitt für 1970 noch einen Zuwachs um 0,5 vH oder etwas mehr. Ob er realisiert wird, hängt von der Nachfrage ab.

Kapazitätsgrenzen und Wachstumschancen der Industrie

In diesem Jahr wird die Industrie (ohne Bauwirtschaft und Energieversorgung) die Produktion um 11 bis 12 vH steigern, im Investitionsgüterbereich sogar um fast ein Fünftel. Allerdings begrenzt der Mangel an Produktionskapazitäten das Wachstumstempo immer mehr. Als überaus ela-

stisch erwies sich das Angebot der Investitionsgüterindustrie. Hier setzte der Aufschwung jedoch später ein.

Nach letzten Meldungen nahm die Beschäftigung in der Industrie noch immer kräftig zu. Da ein Ende dieser Expansion abzusehen ist, wird der bisherige Höchststand aus dem Jahre 1965 mit 8,5 Mill. nicht wieder erreicht werden. Der schon mit 6 bis 7 vH umrissene — von den Kapazitäten begrenzte — Produktionszuwachs im Jahre 1970 läßt im Jahresdurchschnitt keine wesentliche Ausdehnung des Arbeitsvolumens erwarten (ungefähr + 1 vH). Die Arbeitsproduktivität wird bei ausreichender Nachfrage, nachdem die produktivitätssteigernde Wirkung der Auslastungsverbesserung ausgeschöpft ist, 1970 wieder „normal“ um 5 vH wachsen.

Volle Auftragsbücher sichern bis weit in das Jahr 1970 hinein mit großer Wahrscheinlichkeit den vollen Einsatz aller Produktivkräfte. Ausgehend von der Industrie wurde daher auch das Wachstum des realen Sozialprodukts im ersten Halbjahr mit rund 5 vH nahezu „optimal“ angenommen. Globale Schätzungen dieser Art schließen nicht aus, daß sich in einigen Industriezweigen Nachfrageschwächen schon bald bemerkbar machen können. Grundsätzlich werden — schon aus dem Konjunkturverlauf heraus — die wichtigsten Investitionsgüterhersteller (Maschinenbau und Elektrotechnische Industrie) von einem sich abschwächenden, wenn nicht sogar rückläufigen Bestelleingang als erste betroffen.

Die Investitionsgüterhersteller haben zwar Auftragspolster bilden können wie nie zuvor in der Nachkriegszeit (Reichweite im Maschinenbau z. B. 8,3 Monate). Zum Teil spiegeln sich darin aber nur die langen Lieferfristen wider, die bisher Anlaß zu möglichst frühzeitiger Auftragserteilung gaben. Rückwirkungen auf den Bestelleingang müßten sich 1970 zeigen. Weitere Rückwirkungen — und zwar auf die Investitionsneigung selbst — werden aber auch ausgehen von der sich verschlechternden Erlös-Kosten-Relation, dem hohen Zinsniveau und der nicht mehr so unvoreingenommen guten Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung. Auch vom Außenhandel her konzentrieren sich die Unsicherheiten auf den Sektor der Investitionsgüterindustrien, während die verbrauchsnäheren Industriebereiche aufgrund der anhaltend guten Verbrauchskonjunktur die besseren Wachstumschancen haben.

Auslastungskoeffizienten der Verarbeitenden Industrie in der Bundesrepublik Deutschland

Berechnung auf Preisbasis 1962; maximale Auslastung = 100 vH

Zeit	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969 ²⁾
Verarbeitende Industrie ¹⁾												
1. Vj.	85,2	80,7	89,9	92,3	87,0	81,0	84,1	87,1	85,8	76,2	80,6	89,4
2. "	84,4	87,5	91,4	91,6	87,9	84,1	88,2	89,5	86,9	79,5	85,0	93,5
3. "	88,4	90,5	95,6	90,6	88,1	86,8	88,8	88,2	84,4	78,7	87,8	94,0
4. "	90,6	96,9	98,2	92,6	90,9	90,3	94,5	92,7	86,2	86,8	94,9	.
davon: Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien												
1. Vj.	84,6	80,7	93,4	93,5	85,7	77,9	85,0	87,6	85,6	79,5	85,1	91,8
2. "	86,4	92,0	96,4	95,1	90,4	87,3	92,8	92,3	90,1	86,6	92,0	98,6
3. "	90,6	96,1	100,0	94,5	92,9	90,6	95,1	93,1	89,3	85,8	96,1	101,4
4. "	86,2	95,8	96,5	88,8	87,5	88,0	93,4	88,8	84,5	86,7	95,8	.
Investitionsgüterindustrien												
1. Vj.	84,3	80,1	90,7	95,7	88,7	82,5	83,9	87,9	85,7	72,1	75,7	88,8
2. "	83,3	85,1	92,0	93,6	87,9	82,8	87,0	89,9	85,6	74,7	80,1	93,8
3. "	85,9	86,2	93,1	89,8	85,0	83,6	84,8	84,6	79,4	71,1	81,2	91,2
4. "	89,4	95,8	100,0	93,3	89,6	89,0	93,7	92,6	84,5	83,6	93,2	.
Verbrauchsgüterindustrien												
1. Vj.	90,6	83,0	89,8	92,4	90,3	85,0	87,0	89,6	90,8	79,9	85,2	94,4
2. "	83,6	87,1	87,1	88,0	87,1	83,3	86,9	89,0	87,8	77,0	86,7	93,8
3. "	88,6	91,4	98,3	88,2	87,8	85,8	87,2	88,3	85,8	78,9	89,1	93,8
4. "	93,0	100,0	96,6	94,7	94,9	92,6	95,9	96,3	88,2	88,2	99,0	.
Nahrungs- und Genußmittelindustrien												
1. Vj.	81,1	78,9	80,1	79,9	79,7	77,6	78,5	79,5	79,0	75,4	77,0	78,2
2. "	84,2	85,5	85,2	83,5	83,7	81,7	83,3	82,4	81,6	80,6	79,9	79,2
3. "	90,5	89,5	89,5	88,2	88,1	88,8	88,3	87,2	85,9	83,5	84,8	84,6
4. "	100,0	98,2	99,2	95,6	96,6	96,4	97,5	96,9	92,6	90,8	91,5	.

¹⁾ Gewogener Durchschnitt der Bereiche. — ²⁾ Vorläufig.

Zu einem guten Teil hat die Industrie selbst als Investor zum hohen Stand an Produktion und Aufträgen beigetragen. Die Investitionsplanungen wurden zunächst sehr zögernd, dann aber überaus kräftig nach oben revidiert. Dennoch blieb — gemessen am Umsatz — die Investitionsquote relativ niedrig, der künftige Investitionsbedarf groß. Nur überdurchschnittlich weiterwachsende Investitionen der Industrie führen wieder auf einen Kapazitätspfad zurück, der im Einklang steht mit den mittelfristigen Zielprojektionen der Bundesregierung. Die Wirtschaftspolitik muß darauf vorbereitet sein, die Investitionsbereitschaft vielleicht schon sehr bald wirksam zu fördern — besser gesagt: nicht mehr durch Restriktionen zu hemmen.

Einkommensverteilung zugunsten des Staates . . .

Zum Zeitpunkt dieser Prognose ist die Sozialproduktrechnung für zwei Drittel des Jahres 1969 hinreichend statistisch belegt. Das fehlende Drittel hat besonderes Gewicht für die Schätzung der

Arbeitnehmereinkommen im nächsten Jahr; denn in diese Zeit fällt der Beginn einer neuen Lohnrunde besonderer Prägung. Ausgehend von den wilden Streiks im September sind eine ganze Reihe von tariflichen Maßnahmen wirksam geworden, deren quantitative Auswirkung heute noch nicht ausreichend überschaubar ist. Es wird erwartet, daß im zweiten Halbjahr 1969 das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit um 13 vH zunimmt, diese Rate dann 1970 zunächst noch etwas steigt und — wie auch 1969 — im Jahresdurchschnitt ein Zuwachs von 12 vH realisiert wird.

Der zweifellos sehr beträchtliche Zuwachs führt einerseits zur bisher höchsten Quote der Lohnkosten (über 51 vH Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Bruttosozialprodukt); andererseits wachsen die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer relativ langsam und erreichen bei weitem nicht den bisher höchsten Anteil der Nettolöhne und -gehälter am Sozialprodukt aus dem Jahre 1965. Bis 1970 — also im Zeitraum von

Bruttoeinkommensverteilung 1968 bis 1970¹⁾

	in Mrd. DM						Zuwachsraten in vH gegenüber dem Vorjahr							
	1968	1969	1970	1969		1970		1968	1969	1970	1969		1970	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Bruttoeinkommen														
aus unselbständiger Arbeit	261,1	293,0	327,9	137,4	155,6	155,9	172,0	7,3	12,2	11,9	11,3	13,0	13,5	10,5
Steuern	21,8	26,4	30,9	10,6	15,8	12,6	18,3	14,4	21,1	17,0	21,4	20,6	18,9	15,8
Sozialversicherungsbeiträge	52,3	60,5	68,8	28,6	31,9	33,0	35,8	11,8	15,7	13,9	13,5	17,3	15,4	12,2
Nettolöhne und -gehälter	187,0	206,1	228,2	98,2	107,9	110,3	117,9	5,3	10,2	10,7	9,6	10,8	12,3	9,3
Bruttoeinnahmen aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	143,8	153,8	157,7	69,6	84,2	72,4	85,3	19,5	7,0	2,5	9,7	4,9	4,0	1,3
Öffentl. Erwerbseinkommen	5,4	5,9	6,5	2,6	3,3	2,9	3,6	.	.	.	.	.	.	.
Steuern und Abgaben	39,4	43,1	46,3	20,8	22,3	22,4	23,9	7,1	9,4	7,4	8,9	9,9	7,7	7,2
Nettogewinne	99,0	104,8	104,9	46,2	58,6	47,1	57,8	26,0	5,9	0,1	9,7	3,0	1,9	- 1,4
dar.: Entnahmen	76,5	88,2	94,0	40,0	48,2	42,8	51,2	11,9	15,3	6,6	19,9	11,6	7,0	6,5
Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	66,6	77,0	82,9	36,7	40,3	40,0	42,9	0,3	15,6	7,7	16,6	14,8	9,0	6,5
Abschreibungen	59,3	64,6	71,1	31,5	33,1	34,7	36,4	7,8	8,9	10,0	8,3	9,6	10,0	10,0
Bruttosozialprodukt	530,8	588,4	639,6	275,2	313,2	303,0	336,6	9,4	10,9	8,7	11,2	10,6	10,1	7,5

¹⁾ Bis einschließlich 1. Halbjahr 1969 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, teilweise ergänzt durch eigene Berechnungen; 2. Halbjahr 1969 sowie Daten für 1970: Prognose des DIW.

fünf Jahren — wird sich das Aufkommen an Lohnsteuer verdoppelt haben. Hinzu kommt die auch 1970 weiter steigende Belastung der Arbeitnehmer-einkommen mit Sozialversicherungsbeiträgen bei gleichzeitig relativ schwacher Zunahme der Sozial-einkommen. Nimmt man noch die sonstigen Übertragungen der privaten Haushalte — vom Statistischen Bundesamt geführt als „nicht zurechenbare Steuern u. a.“ — im Sinne einer Schwerpunktzuordnung als Abgaben der Arbeitnehmer in die Betrachtung auf, so beträgt der Transfersaldo aus geleisteten und empfangenen Übertragungen der Unselbständigen 1969 rund 14 Mrd. DM. Eine exakte Abgrenzung ist mit dieser Zahl nicht gegeben. Die Ungenauigkeiten tangieren jedoch nicht

die Tendenz der Zahlenreihe dieses Transfersaldos. 1969 wurde ein Viertel des Bruttoeinkommenszuwachses aus unselbständiger Arbeit nicht „verbrauchswirksam“, 1970 dürfte die Quote noch steigen: Mit der Lohnentwicklung von brutto + 12 vH korrespondiert eine Verbrauchszunahme um 9 vH.

Ausgehend vom Wachstumsspielraum für den privaten Verbrauch, der im Durchschnitt des nächsten Jahres sicherlich real + 6 vH und auf der Preisbasis Ende 1969 zwischen 7 und 8 vH beträgt, ist also die Prognose der Lohnentwicklung nicht weit von wachstumsorientierten Zielvorstellungen entfernt. Bedenklich stimmt in erster Linie die Abgabenbelastung der Arbeitnehmer. Als Argu-

Verteilung des Einkommens- und Vermögenszuwachses

Zusammengefaßte Ergebnisse in Mrd. DM

	Jahreszahlen					Zunahme gegenüber dem Vorjahr			
	1966	1967	1968	1969	1970	1967	1968	1969	1970
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	243,0	243,4	261,1	293,0	327,9	0,4	17,7	31,9	34,9
Transfersaldo	6,1	0,3	5,4	13,5	22,6	- 5,8	5,1	8,1	9,1
Verfügbare Einkommen ¹⁾	236,9	243,1	255,7	279,5	305,3	6,2	12,6	23,8	25,8
Übrige Einkommen brutto ²⁾	273,8	241,7	269,7	295,4	311,7	3,9	28,0	25,7	16,3
Transfersaldo	95,3	97,1	100,5	115,2	124,6	1,8	3,4	14,7	9,4
Verfügbare Einkommen ¹⁾	142,5	144,6	169,2	180,2	187,1	2,1	24,6	11,0	6,9
Bruttosozialprodukt	480,8	485,1	530,8	588,4	639,6	4,3	45,7	57,6	51,2
Transfersaldo	101,4	97,4	105,9	128,7	147,2	- 4,0	8,5	22,8	18,5
1. Ausland	5,9	6,0	7,0	7,8	8,6	0,1	1,0	0,8	0,8
2. Staat	95,5	91,4	98,9	120,9	138,6	- 4,1	7,5	22,0	17,7
davon: Verbrauch, Investitionen	96,5	99,1	104,1	115,1	128,1	2,6	5,0	11,0	13,0
Finanzierungssaldo	- 1,0	- 7,7	- 5,2	5,8	10,5	- 6,7	2,5	11,0	4,7
Verfügbare Einkommen	379,4	387,7	424,9	459,7	492,4	8,3	37,2	34,8	32,7
1. Private Haushalte	306,5	312,1	332,0	366,5	398,0	5,6	19,9	34,5	31,5
davon: Verbrauch	274,9	281,4	297,3	327,2	357,0	6,5	15,9	29,9	29,8
Finanzierungssaldo	31,6	30,7	34,7	39,3	41,0	- 0,9	4,0	4,6	1,7
2. Unternehmen	72,9	75,6	92,9	93,2	94,4	2,7	17,3	0,3	1,2
davon: Bruttoinvestitionen	102,9	88,4	111,0	130,9	139,4	- 14,5	22,6	19,9	8,5
Finanzierungssaldo	- 30,0	- 12,8	- 18,1	- 37,7	- 45,0	17,2	- 4,3	- 19,6	- 7,3

¹⁾ Einkommen der Unselbständigen (ohne Vermögenserträge) bzw. der Selbständigen und Unternehmen.

²⁾ Gewinne, Zinsen, indirekte Steuern, Abschreibungen.

ment für Lohnforderungen und kostenbedingte Preissteigerungen bietet sie sich geradezu an, und die neue Lohnrunde wäre sicherlich gemäßiger angelaufen, wenn die DM-Aufwertung, aber auch korrigierende finanzpolitische Maßnahmen rechtzeitig erfolgt wären. Zu spät für einen Abbau der strukturell zu Lasten der Arbeitnehmer verzerrten Ausgabenverteilung ist es nie; Andeutungen, wie die Verdoppelung des Arbeitnehmerfreibetrages, aber genügen nicht.

Insgesamt werden 1969 vom Zuwachs des Brutto-sozialprodukts im geschätzten Betrag von 58 Mrd. DM ungefähr 38 vH — das sind 22 Mrd. DM — auf das verfügbare Einkommen des Staates entfallen (Öffentliche Einnahmen abzüglich geleistete Übertragungen bzw. Summe aus Verbrauch, Bruttoinvestitionen und Finanzierungssaldo des Staates). Von den Mehreinnahmen wurden verwendet:

8,5 Mrd. DM für den öffentlichen Verbrauch
2,5 Mrd. DM für öffentliche Bruttoinvestitionen
11 Mrd. DM für die Geldvermögensbildung

Relativ und absolut dürfte der Staat im nächsten Jahr nicht ganz so ausgeprägt, aber wiederum überdurchschnittlich am Sozialproduktzuwachs partizipieren, sofern nicht wirtschaftspolitische Aktivitäten andere Daten setzen oder die gesamtwirtschaftliche Prognose den ja zahlreich gegebenen restriktiven Einflüssen zu wenig Rechnung trägt. Längerfristig ist jedenfalls die sich abzeichnende Überschußposition des Staates weder strukturell erwünscht noch konjunkturpolitisch vertretbar.

Im ersten Jahr des Aufschwungs haben sich die Finanzierungsbedingungen der privaten Investoren zwar ungewöhnlich verbessert. Im Jahre 1968 wuchsen die Eigenmittel sprunghaft; seitdem aber

Die Verwendung des Sozialprodukts 1968 — 1970¹⁾

	in Mrd. DM bzw. 1954 = 100							Zuwachsraten in vH gegenüber dem Vorjahr						
	1968	1969	1970	1969		1970		1968	1969	1970	1969		1970	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Zu jeweiligen Preisen														
Verbrauch	380,9	419,3	459,4	195,9	223,4	216,8	242,6	5,2	10,1	9,6	9,4	10,7	10,7	8,6
privat	297,3	327,2	357,0	153,8	173,4	169,5	187,5	5,7	10,1	9,1	9,5	10,5	10,2	8,1
öffentlich	83,6	92,1	102,4	42,1	50,0	47,3	55,1	3,8	10,0	11,2	8,8	11,4	12,4	10,2
Anlageinvestitionen . . .	121,3	142,9	159,1	63,9	79,0	73,5	85,6	9,9	17,8	11,3	18,8	17,0	15,0	8,4
Bauten	63,0	69,0	75,6	30,0	39,0	33,5	42,1	8,2	9,5	9,6	7,5	11,4	11,7	7,9
Ausrüstungen	58,3	73,9	83,5	33,9	40,0	40,0	43,5	11,7	26,8	13,0	31,1	23,1	18,0	8,8
Vorratsinvestitionen . . .	10,2	11,0	6,0	8,8	2,2	4,3	1,7	-	-	-	-	-	-	-
Außenbeitrag	18,4	15,2	14,9	6,6	8,6	8,2	6,7	-	-	-	-	-	-	-
Ausfuhr	126,2	144,0	151,6	67,4	76,6	74,0	77,6	13,2	14,1	5,3	15,6	12,8	9,8	1,3
Einfuhr	107,8	128,8	136,5	60,8	68,0	65,6	70,9	13,2	19,5	6,0	21,1	18,1	7,9	4,2
Bruttosozialprodukt . . .	530,8	588,4	639,6	275,2	312,2	303,0	336,6	9,4	10,9	8,7	11,2	10,6	10,1	7,5
Zu Preisen von 1954														
Verbrauch	262,8	280,4	297,6	133,4	147,0	142,8	154,8	2,9	6,7	6,1	6,7	6,8	7,1	5,2
privat	215,1	230,7	245,1	109,9	120,8	117,9	127,2	3,6	7,3	6,3	7,1	7,4	7,3	5,3
öffentlich	47,7	49,7	52,5	23,5	26,2	24,9	27,6	0,2	4,3	5,4	4,7	3,9	6,0	5,0
Anlageinvestitionen . . .	85,5	98,5	106,7	44,8	53,7	49,8	56,9	8,2	15,2	8,3	17,8	13,2	11,1	6,0
Bauten	37,6	39,3	41,0	17,3	22,0	18,2	22,8	5,7	4,5	4,3	3,5	5,3	5,2	3,7
Ausrüstungen	47,9	59,2	65,7	27,5	31,7	31,6	34,1	10,2	23,6	11,0	29,0	19,6	14,9	7,6
Vorratsinvestitionen . . .	9,2	9,9	5,3	7,9	2,0	3,9	1,4	-	-	-	-	-	-	-
Ausfuhr	116,8	130,6	139,2	61,7	68,9	67,6	71,6	15,6	11,8	6,6	14,9	9,2	9,6	4,0
abzögl. Einfuhr	114,8	132,9	146,6	63,3	69,6	70,3	76,3	16,9	15,8	10,4	19,4	12,6	11,1	9,7
Bruttosozialprodukt . . .	359,5	386,5	402,2	184,5	202,0	193,8	208,4	7,6	7,5	4,1	8,8	6,4	5,0	3,2
Preisentwicklung (1954 = 100)														
Verbrauch	145,0	149,5	154,4	146,9	151,9	151,8	156,8	2,2	3,1	3,3	2,5	3,6	3,3	3,2
privat	138,2	141,8	145,6	139,9	143,5	143,7	147,4	2,0	2,6	2,7	2,3	2,9	2,7	2,7
öffentlich	175,4	185,2	195,3	179,2	190,5	190,0	200,0	3,6	5,6	5,5	3,9	7,0	6,0	5,0
Anlageinvestitionen . . .	141,8	145,1	149,1	142,6	147,1	147,6	150,4	1,6	2,3	2,8	0,9	3,4	3,5	2,2
Bauten	167,4	175,6	184,4	173,6	177,6	184,0	184,7	2,4	4,9	5,0	3,9	6,0	6,0	4,0
Ausrüstungen	121,8	124,8	127,1	123,2	126,8	126,5	127,5	1,4	2,5	1,8	1,6	3,1	2,8	1,2
Ausfuhr	108,0	110,3	108,9	109,3	111,2	109,4	108,3	-2,1	2,1	-1,3	0,7	3,4	0,1	-2,6
Einfuhr	93,9	96,9	93,1	96,1	97,7	93,3	92,9	-3,2	3,2	-4,0	1,4	4,8	-2,9	-5,0
Bruttosozialprodukt . . .	147,7	152,2	159,0	149,2	155,0	156,3	161,5	1,7	3,0	4,5	2,2	3,9	4,8	4,2

1) Bis einschl. 1. Halbjahr 1969 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; 2. Halbjahr 1969 sowie Daten für 1970: Prognose des DIW.

stagnieren sie, auch unter Einbeziehung der Abschreibungen und der Vermögensübertragungen an die Unternehmen. Die Selbstfinanzierungsquote sinkt kräftig; ein Stillstand ist nicht abzusehen. Globale Quoten dieser Art haben begrenzte Aussagekraft, doch ein Urteil über ihre Entwicklung im Zeitverlauf sollte nicht außer acht lassen, daß auf die bisher niedrigste Selbstfinanzierungsquote der Nachkriegsjahre die Rezession folgte.

In der vorgelegten Prognose wird — aufgrund der Nachfrageentwicklung — für 1970 mit abgeschwächt wachsenden Investitionen gerechnet. Es wurde ferner angenommen, daß die Entnahmen viel weniger als 1968 und 1969 steigen, weil die Selbständigen — anders als in den beiden Vorjahren — relativ wenig Geldvermögen im Haushaltsbereich bilden. Auch die Sparquote der Arbeitnehmer wurde nicht höher angesetzt als 1969. Schließlich wird nicht erwartet, daß die Aufwertung den nominalen Außenbeitrag und damit den Verschuldungszuwachs des Auslands rasch vermindert. Alle diese Ansätze sind zurückhaltend, „begünstigen“ die Selbstfinanzierungsquote der privaten Investoren, aber dennoch sinkt die Quote wieder auf den bisher niedrigsten Stand.

... führt zur Vergrößerung der Staatsüberschüsse

Die direkten Steuern werden im kommenden Jahr mit rund 11 vH etwas schwächer steigen, als noch vor kurzem von den Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten veranschlagt wurde. Denn ein „finanzpolitisches Sofortprogramm“ enthält im Vorgriff auf die für Herbst nächsten Jahres zu erwartende Steuerreform einen Katalog von steuerlichen Erleichterungen: Durch die Verdoppelung des Arbeitnehmerfreibetrages sowie die Erhöhung der Freigrenze bei der Ergänzungsabgabe ergibt sich eine Verminderung der Einnahmen von rund einer Milliarde DM. Hinzu kommen die Maßnahmen zur Vermögensbildung (Ausweitung des 312-DM-Gesetzes), die zu einer Anreicherung des privaten Sparvolumens führen sollen; diese Gesetzesnovelle bringt einen zusätzlichen Steuerausfall von vermutlich 0,2 Mrd. DM.

Die indirekten Steuern werden sich im kommenden Jahr proportional zum Bruttosozialprodukt entwickeln. Allerdings ist der darin enthaltene Ansatz für die Mehrwertsteuer auch dieses Mal wieder mit sehr großen Unsicherheiten belastet. Der Grund hierfür liegt vor allem darin, daß es bisher noch nicht gelungen ist, das Aufkommen aus

der Investitionsteuer richtig in den Griff zu bekommen. Während bei früheren Schätzungen des DIW von einem Investitionsteueraufkommen von 4,5 bis 5 Mrd. DM für das Jahr 1969 ausgegangen wurde — dieses Volumen stimmt mit den offiziellen Schätzungen des Bundesfinanzministeriums weitgehend überein —, dürfte das tatsächliche Aufkommen wesentlich darunter liegen. Es wird inzwischen mit kaum mehr als 2 Mrd. DM gerechnet. Diese Diskrepanz erklärt sich vor allem aus einer erfolgreichen Verzögerungstaktik der Unternehmer bei der Entrichtung der Investitionsteuer. Vermutlich wird im kommenden Jahr ein Teil des Überhangs an fälliger Investitionsteuer abgebaut werden; gleichzeitig wird man aber damit rechnen können, daß Teile des Steuersolls 1970 erst 1971 gezahlt werden. Per Saldo dürften sich also im kommenden Jahr die Einnahmeausfälle dieses Jahres nicht wiederholen. Damit kann im Vorjahrsvergleich durchaus mit 2 Mrd. DM zusätzlichen Steuereinnahmen gegenüber dem Ansatz in der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute gerechnet werden (38 Mrd. DM Aufkommen an Mehrwertsteuer). Die verzögerte Steuerabführung berührt die Interpretation der Gewinnentwicklung, die ja im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stets in gewissem Umfang durch Differenzen zwischen entstandener Steuerschuld und tatsächlicher Steuerzahlung verzerrt wird. Die gute Gewinnentwicklung 1969 kommt überzeichnet zum Ausdruck, die Abschwächung 1970 ist weniger kraß, das Gewinnniveau 1970 aber nicht überhöht.

Unter den öffentlichen Einnahmen werden im kommenden Jahr auch die Sozialversicherungsbeiträge sehr stark steigen. Allein die Lohnexpansion sichert erhebliche Mehreinnahmen; ferner gelten höhere Beitragssätze, und die Beitragsbemessungsgrenze wird heraufgesetzt. Die Träger der Rentenversicherung werden beträchtliche Überschüsse erzielen und den „Rentenberg“ besser als erwartet bewältigen können.

Dem geschätzten Einnahmезuwachs des Staates von 10 bis 11 vH stehen ähnlich hohe Ausgabensteigerungen für den öffentlichen Verbrauch und die öffentlichen Investitionen gegenüber. Die Gebietskörperschaften müssen vor allem erheblich höhere Personalaufwendungen finanzieren. Der zivile Verbrauch wird vermutlich noch etwas stärker steigen als in diesem Jahr. Für den militärischen Verbrauch ist ein etwas schwächerer Zu-

Einnahmen und Ausgaben des Staates 1968 bis 1970¹⁾

	in Mrd. DM							Zuwachsraten in vH gegenüber dem Vorjahr						
	1968	1969	1970	1969		1970		1968	1969	1970	1969		1970	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Steuern	120,8	139,0	151,8	64,6	74,4	71,1	80,7	4,9	15,1	9,2	15,2	15,0	10,1	8,5
Direkte Steuern	54,2	62,0	68,9	27,9	34,1	31,1	37,8	11,0	14,4	11,1	13,4	15,2	11,5	10,9
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	66,6	77,0	82,9	36,7	40,3	40,0	42,9	0,3	15,6	7,7	16,6	14,8	9,0	6,5
Abgaben zur soz. Sicherung	56,2	64,8	73,8	30,5	34,3	35,3	38,5	10,5	15,3	13,9	13,9	16,8	15,7	12,2
Erwerbseinkommen	5,4	5,9	6,5	2,6	3,3	2,9	3,6	.	.	.	.	.	.	.
Summe der Einnahmen . .	182,4	209,7	232,1	97,7	112,0	109,3	122,8	6,7	15,0	10,7	14,8	15,2	11,9	9,6
Übertragungen	86,2	91,7	96,6	43,9	47,8	46,7	49,9	4,7	6,4	5,3	5,5	7,2	6,4	4,4
Verfügbares Einkommen . .	96,2	118,0	135,5	53,8	64,2	62,6	72,9	8,3	22,7	14,8	23,6	22,1	16,3	13,6
Verbrauch	83,6	92,1	102,4	42,1	50,0	47,3	55,1	3,8	10,0	11,2	8,8	11,4	12,4	10,2
Nettoinvestitionen . . .	17,8	20,1	22,6	7,0	13,1	8,2	14,4	11,3	12,9	12,4	9,4	14,9	17,1	9,9
Geldvermögen	-5,2	5,8	10,5	4,7	1,1	7,1	3,4	.	.	.	.	.	.	.
Summe der Ausgaben . .	182,4	209,7	232,1	97,7	112,0	109,3	122,8	6,7	15,0	10,7	14,8	15,2	11,9	9,6

¹⁾ Bis einschl. 1. Halbjahr 1969 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, teilweise ergänzt durch eigene Berechnungen; 2. Halbjahr 1969 sowie Daten für 1970: Prognose des DIW.

wachs wahrscheinlich, doch wurde hierbei unterstellt, daß die Zahlungen im Rahmen des Devisenausgleichsabkommens im kommenden Jahr noch nicht zu wesentlich höheren Rüstungskäufen führen werden; sie schlagen sich vorerst zum großen Teil in der Geldvermögensbildung des Staates nieder. Bei den Ausgaben für Bruttoinvestitionen (ebenfalls + 12 vH) hat die Preiskomponente großes Gewicht. Der erwartete reale Zuwachs um 7 vH ist angesichts des großen Bedarfs unzureichend.

Trotz der kräftigen Expansion der öffentlichen Personal- und Sachausgaben schließt der Gesamthaushalt (einschl. Sozialversicherung) mit einem positiven Geldvermögenssaldo in der Größenordnung von 10 bis 11 Mrd. DM ab. Der Überschuß resultiert aus dem Zurückbleiben der öffentlichen Übertragungen, die schätzungsweise nur halb so rasch wie die Einnahmen steigen werden. Obwohl die in der Regierungserklärung angekündigte Verbesserung der Kriegsopferversorgung mit knapp 1 Mrd. DM in Rechnung gestellt wurde, wachsen die Übertragungen an die privaten Haushalte mit + 5 vH schwächer als in diesem Jahr. Vor allem die Entlastung der Krankenkassen durch die Lohnfortzahlung der Arbeitgeber für kranke Arbeiter mindert den Ausgabenzuwachs; ebenso die im nächsten Jahr relativ niedrige Basis für die dynamische Rentenanpassung an die Lohnentwicklung (Beiträge und Renten werden im Verhältnis 3:1 wachsen).

Für die Maßnahmen zum Ausgleich der Einkommensausfälle in der Landwirtschaft wird mit 1,7 Mrd. DM gerechnet. Davon entfallen 0,3 Mrd. DM

auf Nettoleistungen aus dem EWG-Agrarfonds. Vom verbleibenden Betrag (1,4 Mrd. DM) übernimmt der Bund rund 0,6 Mrd. DM in Form direkter Subventionen. Der Rest wird durch Steuerverzichte des Staates, d. h. durch die Erhöhung des Vorsteuerabzugs auf landwirtschaftliche Produkte von 5 vH auf 8 vH geleistet.

Drastische Korrektur der Geldpolitik erforderlich

Durch die Aufwertung der DM sind die Weichen für die Kreditpolitik neu gestellt worden. Folgerichtig hat die Bundesbank begonnen, ihre kreditpolitischen Zügel zu lockern, indem sie die Mindestreserveanforderungen an die Banken mit Wirkung vom 1. November um rund 2 Mrd. DM ermäßigte. Der damit eingeschlagene geldpolitische Kurs sollte ohne Verzögerung fortgeführt werden: durch eine Senkung der Zinssätze der Bundesbank (Diskont-, Lombard-, Abgabesätze), durch Vergrößerung der Rediskontkontingente, durch weitere Herabsetzungen der Mindestreservesätze und durch eine Rückkehr der Bundesbank zu einer „expansiven“ Offenermarktpolitik am Anleihemarkt. Bund und Länder sollten ihre Einnahmenüberschüsse nicht mehr liquiditätskontraktiv anlegen, sondern zur Tilgung ihrer Kapitalmarktverschuldung nutzen. Nur wenn die Zinssätze der Bundesbank umgehend um mindestens ein Prozent gesenkt und wenn die im August des Jahres erreichte Liquiditätsquote der Banken stabilisiert wird, kann eine konjunktur- und zahlungsbilanzpolitisch bedenkliche Anspannung der inländischen Geld- und Kapitalmärkte vermieden werden.

Der seit der Freigabe des Wechselkurses zu beobachtende Abfluß spekulativer Auslandsgelder hat sich nach der offiziellen Aufwertung verstärkt. Sollten Bundesbank und Regierung ihre Restriktionen nur zögernd zurücknehmen, so würden die Banken weiterhin in erheblichem Umfange liquide Mittel verlieren. Die seit der definitiven Paritätsänderung zu verzeichnende fühlbare Anspannung des Geldmarktes würde sich verstärken und sehr bald den Kapitalmarkt in Mitleidenschaft ziehen.

Angesichts des weiterhin zu erwartenden Preisanstiegs mag die Forderung naheliegen, den durch die Aufwertung erweiterten Spielraum für eine monetäre Bremspolitik auszuschöpfen. Kreditpolitische Maßnahmen pflegen jedoch erst mit einer erheblichen Verzögerung auf die Investitionen durchzuschlagen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß eine weitere Verschlechterung der Fremdfinanzierungskonditionen dann in einer Phase wirksam würde, in der die Preiswelle bereits abgeklungen ist und die außen- und binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte erlahmt sind. Eine Fortsetzung der Restriktionspolitik wäre um so weniger vertretbar gewesen, als die Fremdfinanzierungsquote der Unternehmen bei der in der Prognose unterstellten Investitionsneigung — und damit deren Anfälligkeit gegenüber einer Kreditverknappung — ungewöhnlich groß werden wird.

Für einen raschen und deutlichen Wechsel der Kreditpolitik sprechen auch zahlungsbilanzpolitische Gründe. Auf kurze Sicht wird die Devisenbilanz zwar mit erheblichen Defiziten schließen. Doch schon bald wäre wieder mit nennenswerten Devisenüberschüssen zu rechnen, falls Notenbank und Regierung ihren bisherigen geldpolitischen Restriktionskurs nicht drastisch revidieren sollten. Andere Länder werden in nächster Zeit nicht an einer weiteren Erhöhung ihrer Zinssätze, die USA sogar an einer Ermäßigung, interessiert sein. Die Bundesrepublik würde dann erneut zu einem Land mit relativ teurem Geld und damit wiederum zum Magneten für Auslandsgelder werden.

Mit der nachstehenden Tabelle ist versucht worden, die Konsequenzen der skizzierten geldpolitischen Alternative für die Liquiditätsbilanz der Banken zu quantifizieren; die vorausgeschätzten Werte repräsentieren lediglich Tendenzen, die auf „kurze Sicht“ (4. Vierteljahr 1969) und auf „mittlere Sicht“ (1970) zu erwarten sind.

Unter „A“ wird der Grenzfall eines extrem restriktiven Verhaltens der wirtschaftspolitischen

Entwicklung der erfassbaren Bankenliquidität ¹⁾
Liquiditätserhöhende (+) bzw. -vermindernde (—) Vorgänge in Mrd. DM

	1.-3. Vj. 1969	A ²⁾		B ¹⁰⁾	
		4. Vj. 69	1970	4. Vj. 69	1970
Zunahme (—) der Zentralbankguthaben der Banken ²⁾	— 2	— 4	— 2	0	+ 2
Zum Vergleich: Zunahme des Reserve-Solls aufgrund:					
Einlagenzunahme ³⁾ . .	— 1	— 0,5	— 2	— 0,5	— 1,5
Reservesatzänderung . .	— 4,5	—	—	+ 4,5	+ 3,5
Zuwachs-Verbindlichk. ⁴⁾	— 1,5	+ 1,5	—	+ 1,5	—
Bargeldzunahme (—) bei Nichtbanken	— 1,5	— 0,5	— 1,5	— 0,5	— 1,5
Staatliche Transaktionen .	— 9	— 1	— 4	+ 2,5	—
Offenmarktoperationen ⁵⁾ .	— 0,5	—	—	+ 0,5	+ 0,5
Rediskontkontingente . .	— 1,5	+ 0,5	+ 2,5	+ 3,5	+ 3
wachstumsbedingt ⁶⁾ . .	+ 1,5	+ 0,5	+ 2,5	+ 0,5	+ 2,5
kreditpolitisch bedingt .	— 3,0	—	—	+ 3,0	+ 0,5
Sonstige Vorgänge	— 0,5	—	—	—	—
Zusammen	— 15	— 5	— 5	+ 6	+ 4
Devisenzufluß ⁷⁾	+ 10	— 10	+ 5	— 11	0
Änderung der Bankenliquidität	— 5	— 15	0	— 5	+ 4
Bestand an Bankenliquidität ⁸⁾	35	20	20	30	34

¹⁾ Von den Banken (ohne Bundesbank) gehaltene inländische Schatzwechsel und U-Schätze, ausländische Geldmarktpapiere und kurzfristige Forderungen an ausländische Banken plus unausgenutzte Rediskontkontingente. — ²⁾ Einschl. Bargeld. — ³⁾ Durchschnittlicher Reservesatz für 1969: 5,5 vH, für 1970 (A): 7,1 vH, für 1970 (B): 5,5 vH. — ⁴⁾ Gegenüber Gebietsfremden. — ⁵⁾ Kauf (+) von öffentlichen Anleihen durch die Bundesbank auf deren Rechnung. — ⁶⁾ Aufgrund Zunahme der haftenden Mittel der Banken. — ⁷⁾ Zunahme (+) der Währungsreserven der Bundesbank sowie der Auslandsanlagen (Anm. 1) der übrigen Banken. — ⁸⁾ Ende der Periode. — ⁹⁾ Fortsetzung der Kontraktionspolitik. — ¹⁰⁾ Korrektur der Geldpolitik.

Instanzen beschrieben: Mit welcher Liquiditätsbilanz würden die Banken abschließen, wenn die Bundesbank die Reservesätze nicht gesenkt hätte, sondern der geldpolitische Datenkranz (Diskontsatz, Reservesätze, Rediskontkontingente) bis weit in das nächste Jahr hinein unverändert bliebe, und wenn die öffentlichen Haushalte einen erheblichen Teil ihrer Einnahmenüberschüsse bei der Bundesbank anlegten.

Ein solches Verhalten und der Abzug spekulativer Auslandsgelder würden binnen kurzem (4. Vj. 1969) dazu führen, daß den Banken liquide Mittel in der Größenordnung von 15 Mrd. DM verloren gingen. Für die Devisenbilanz ist dabei ein Liquiditätsabfluß von nur 10 Mrd. DM unterstellt worden. Das ist weit weniger als der spekulativ bedingte Zustrom in den letzten anderthalb Jahren, und es ist nicht mehr, als seit der Freigabe des DM-Kurses schon abgeflossen ist. Doch ist zu berücksichtigen, daß der Abstrom von Auslandsgeld Tendenzen zu einer „Selbstkorrektur“ auslöst: Er hat einmal zur Folge, daß die Zinssätze auf den ausländischen Kreditmärkten, insbesondere dem

Euro-Geldmarkt, sinken. Zugleich bewirken der Rückfluß von Auslandsgeld und der Liquiditätsentzug durch inländische Sektoren eine Steigerung der inländischen Zinssätze. Durch den Sog dieser Zinsbewegungen wird der Abfluß von Devisen gebremst.

Unter diesen Umständen würde die Liquiditätsquote der Banken¹ innerhalb weniger Monate das bisher erreichte Minimum (Mitte 1966) deutlich unterschreiten. Für 1970 ist im Modellfall A ein Liquiditätsentzug durch inländische Sektoren in Höhe von 5 Mrd. DM unterstellt worden. Dies müßte zu einer weiteren erheblichen Reduzierung des inländischen Kreditangebots führen. Die Geld- und Kapitalexporte blieben dann beträchtlich hinter dem Überschuß in laufender Rechnung zurück. Die Banken erhielten über die Devisenbilanz liquide Mittel in der Größenordnung von etwa 5 Mrd. DM. Die Liquiditätsquote, d. h. die Relation zwischen den — annähernd konstanten — Liquiditätsreserven und den — steigenden — Einlagen, würde also weiter fallen.

Damit eine solche Fehlentwicklung vermieden wird, sollte die Bundesbank die Liquiditätsreserven nicht unter den Stand vor der letzten Spekulationswelle (Ende August: rd. 30 Mrd. DM) sinken lassen. Sie müßte während des nächsten Jahres den Banken soviel Liquidität zuführen, daß die Liquiditätsreserven im Maße des Einlagenwachstums zunehmen. Nur wenn dieses „Minimalprogramm“ — beispielsweise auf die unter „B“ beschriebene Weise — realisiert würde, könnte die gegenwärtig herrschende Erwartung des Publikums auf eine Verbesserung des Kapitalmarktklimas erfüllt, d. h. der Kapitalzins zunächst stabilisiert und im Laufe des kommenden Jahres eine zahlungsbilanz- und konjunkturpolitisch erwünschte Zinssenkung durchgesetzt werden.

Die Bundesbank hatte die Ende August dieses Jahres von den Banken gehaltenen Liquiditätsreserven als „relativ hoch“ bezeichnet. Deshalb mag es als gewagt erscheinen, die Stabilisierung der Liquiditätsreserven und der Liquiditätsquote als „Minimalprogramm“ zu charakterisieren. Doch sollte folgendes nicht übersehen werden: Ende August war die Liquiditätsquote nur ungefähr so groß wie im Winterhalbjahr 1964/65, also in einer Zeit steigenden Kapitalzinses. Daß eine Stabilisierung der Liquiditätsquote notwendig ist, damit der Kapitalzins zumindest konstant bleibt, geht auch daraus hervor, daß der Rückgang der Liquiditäts-

reserven im bisherigen Verlaufe dieses Jahres bereits zu einer Verringerung der Wertpapierkäufe der Banken und damit zu einer Steigerung des Kapitalzinses beigetragen hat.

Wirtschaftspolitik: Aufwertung binnenwirtschaftlich absichern!

Die Aufwertung der DM verbilligt die Einfuhr und verteuert die Ausfuhr; das Importangebot wird vermehrt und der Export gedrosselt. Sie gilt deshalb als ein Instrument, mit dem gleichzeitig die Lösung konjunktur-, zahlungsbilanz- und strukturpolitischer Probleme erleichtert wird. Die Aufwertung soll

- den inländischen Preisauftrieb fühlbar dämpfen;
- die außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten anderer Länder verringern;
- es ermöglichen, das Inlandsangebot vermehrt auf die immer wieder vernachlässigten Inlandssektoren (z. B. Bildung, Forschung, Gesundheitswesen, Stadtsanierung) zu lenken.

Der inländische Kosten- und Preisauftrieb ist bereits so stark, daß er durch die Aufwertung nicht mehr zurückgestaut, sondern lediglich etwas abgeflacht werden kann. Im Hinblick auf das Stabilitätsziel ist die Aufwertung der DM zu spät erfolgt.

Um so größer ist dafür jetzt die Chance, die *zahlungsbilanz- und strukturpolitischen Ziele* zu erreichen. Bis weit in das nächste Jahr hinein wird die westdeutsche Wirtschaft noch im Zeichen rasch expandierender Masseneinkommen, einer lebhaften Binnennachfrage und einer starken Beanspruchung des inländischen Produktionspotentials stehen. In einem solchen Klima, das den Abbau der Ausfuhrüberschüsse begünstigt, wird eine Aufwertung von der Wirtschaft viel leichter hingenommen werden; der Ausfuhrüberschuß läßt sich stärker reduzieren als in einer Phase unausgenutzter Kapazitäten.

Damit eine dauerhafte Lösung der struktur- und zahlungsbilanzpolitischen Probleme gelingt, muß aber das inländische Angebotspotential strukturell stärker als bisher durch die heimische Nachfrage beansprucht werden. Nur wenn die durch die Abnahme des Außenbeitrages „freigesetzten“ Produktivkräfte der inländischen Verwendung zugute kommen, wird der strukturpolitische Effekt der Aufwertung erreicht; nur wenn der Einfuhrsog

¹ Liquiditätsreserven in vH des Einlagenvolumens (Sicht-, Termin- und Spargelder von Nichtbanken plus kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Banken).

nicht nachläßt oder der Exportdrive sich nicht wieder verstärkt, wird sich der Ausfuhrüberschuß auch auf längere Sicht verkleinern lassen. Daß darüber hinaus eine Ausweitung der Bankenliquidität notwendig ist, damit in nächster Zeit der noch immer hohe Überschuß in laufender Rechnung durch Geld- und Kapitalexporte ausgeglichen wird, ist an anderer Stelle bereits dargelegt worden.

Die bisher erkennbaren Indizien für eine Dämpfung der Binnenkonjunktur (steigende Fremdfinanzierungsquote bei hohem Zinsniveau, gedämpfte Auslandskonjunktur) reichen für eine Rezessionsprognose nicht aus, wohl aber rechtfertigen sie die Annahme einer wieder zurückgehenden Auslastung des Produktionspotentials. Somit ist eines gewiß: Das mit der Aufwertung angesteuerte strukturpolitische Ziel, die inländischen Produktionsfaktoren mehr als bisher zur Deckung des privaten und öffentlichen Bedarfs zu nutzen, kann nicht ohne staatliche Aktivität erreicht werden. Die Reduzierung des Ausfuhrüberschusses darf jedenfalls weder auf Kosten der Ersparnisbildung der privaten Haushalte noch über eine Erhöhung der — ohnehin schon hohen — Fremdfinanzierungsquote der Unternehmen durchgesetzt werden; sie muß in jedem Falle zu Lasten des staatlichen Einnahmeüberschusses gehen.

Das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ gibt dem Staate auf, bei einer unerwünschten Abschwächung der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit beschleunigt Investitionsprogramme so zu planen, daß sie kurzfristig realisiert werden können (§ 11). Mit Vorbereitungen zur Erfüllung dieser Forderung sollte schon jetzt begonnen werden.

Die Sozialversicherung kann für 1970 mit einem Einnahmeüberschuß in der Größenordnung von 6 Mrd. DM rechnen. Zu mehr als einem Drittel ist dieser Überschuß der beschlossenen Erhöhung der Beitragssätze in den Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten zuzuschreiben. Als der Gesetzgeber diese Erhöhung des Beitragssatzes beschloß, war eine derart günstige Entwicklung der Einnahmen der Rentenversicherung nicht vorherzusehen; mit finanziellen Gründen ist die Bildung eines so hohen Überschusses nicht vertretbar. Ein Aufschub der Beitragserhöhung bis zu einem Zeitpunkt, zu dem aktualisierte Vorausberechnungen des Budgets der Rentenversicherungen erkennen lassen, daß Beitragserhöhungen zur Erhaltung ihres finanziellen Gleichgewichts erforderlich sind, ist daher empfehlenswert.

Die Länder können für 1970 mit einer nochmaligen Erhöhung ihres Einnahmeüberschusses rechnen. Gewiß ist die finanzielle Situation öffentlicher Haushalte kein volkswirtschaftlich sinnvolles Kriterium dafür, in welchem Maße staatliche Ausgaben zulässig sind; die Fremdfinanzierung ist auch bei öffentlichen Investitionen legitim. Die Aussicht auf einen hohen Einnahmenüberschuß erleichtert aber in der fiskalischen Praxis die Durchsetzung strukturpolitischer Forderungen. Zu den überfälligen strukturpolitischen Aufgaben zählen Investitionen für Bildung und Forschung. Diese Aufgaben fallen zu einem großen Teil in die Kompetenz der Länder. Da diese Körperschaften jetzt über ein besonders reichliches Finanzierungspotential verfügen, sind fast ideale Voraussetzungen für eine sinnvolle binnenwirtschaftliche Absicherung der Aufwertung gegeben.

Der nächste „Wochenbericht“ erscheint am 27. November 1969

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 und 53 Bonn, Adenauerallee 170
Tel.: (0311) 8 29 11 — telex 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Klaus Dieter Arndt

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Peter Mitzscherling, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Für die wissenschaftliche Leitung des Instituts und für den Inhalt der Wochenberichte verantwortlich ist das Kollegium der Abteilungsleiter. Schriftleitung: Dr. Wolfgang Watter

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43

Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, vierteljährlich DM 9,—, Einzelnummer DM 1,—